



## Auf einen Blick – der Lagebericht

### „Rassismus in Deutschland: Ausgangslage, Handlungsfelder, Maßnahmen“

Der 13. Lagebericht ist **eine Premiere**. **Erstmals** legt Staatsministerin Alabali-Radovan, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, eine **umfangreiche Darlegung zu Rassismus in Deutschland vor**: mit Daten und Fakten, mit Analyse der Erscheinungsformen, mit Transparenz über Lücken in der Prävention und Beratung. Zudem stellt sie im Bericht **ihre Vorhaben und die der Bundesregierung im Kampf gegen Rassismus vor**. Mit dem Bericht setzt die Beauftragte ihren Auftrag um, regelmäßig über Rassismus zu berichten. Zudem erfüllt sie den Berichtsauftrag an den Deutschen Bundestag nach § 94 Aufenthaltsgesetz.

### Ausgangslage – die wichtigsten Fakten über Rassismus in Deutschland

Rassismus bewegt und trifft viele Menschen. Im repräsentativen Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor des DeZIM sagen **90 % der Befragten, dass es Rassismus in Deutschland gibt. 22 % haben ihn selbst erfahren** [Kapitel 1, S.8ff.]. Auch die Kriminalitätsstatistiken sprechen eine klare Sprache: Das BKA listete 2021 in den Fallzahlen der *Politisch motivierten Kriminalität* **21.964 rechte Straftaten, darunter 1.042 Gewalttaten**, von denen zwei Drittel rassistisch motiviert waren. Die unabhängigen Beratungsstellen meldeten sogar 1.391 Angriffe [Kapitel 3.2, S.25ff.].

### Eine neue Zeit, in der wir sagen: Es geht um Rassismus – in vielen Erscheinungsformen

Der Begriff Rassismus wurde **in gesellschaftspolitischen Debatten jahrzehntelang gemieden**, stattdessen wurden Ersatzbegriffe wie „Fremdenfeindlichkeit“ verwendet. Zum Umdenken führten auch die rassistische NSU-Mordserie und die Anschläge von München, Halle oder Hanau. Das **Thema Rassismus ist heute präsent in Politik und Gesellschaft** und wird so auch benannt. Seine Bekämpfung steht oben auf der Agenda der Bundesregierung. Das zeigt auch die erstmalige Ernennung einer Beauftragten für Antirassismus, das Kabinett berief Staatsministerin Alabali-Radovan dazu im Februar 2022. Der Bericht zeigt, dass **Rassismus viele Erscheinungsformen** hat. Er manifestiert sich in Vorurteilen, Ausgrenzung, Diskriminierung bis hin zu Hasskriminalität. **Aber immer führt Rassismus dazu, dass bestimmte Gruppen als nicht-zugehörig markiert**, als minderwertig, kriminell oder bedrohlich stigmatisiert und angegriffen werden – **ob Schwarze, Muslime oder Juden, Sinti und Roma** [Kapitel 3.3, S.30ff.].

## **Handlungsfelder im Kampf gegen Rassismus: Es geht auch um Strukturen.**

Der Bericht leitet wissenschaftlich fundiert her, dass Rassismus nicht verengt werden darf auf gewaltförmige, extreme Ausprägungen. **Es geht um Straftaten, aber auch um strukturellen Rassismus.** Das wurde lange Zeit nicht erkannt, nicht eingestanden und wird auch heute noch abgetan. Der Bericht zeigt, dass Strukturen überdauern, die **bewusst oder unbewusst** zu Benachteiligung und rassistischer Diskriminierung im Alltag führen können. Etwa in Schule und Berufsbildung, am Arbeits- oder Wohnungsmarkt oder im Kontakt mit Behörden. Der Bericht benennt die zentralen Handlungsfelder, in denen viel zu tun ist [Kapitel 4, S.42ff.].

## **Den Kampf kämpfen: die Maßnahmen der Beauftragten für Antirassismus**

Alle müssen zur wehrhaften Demokratie beitragen und Zivilcourage bei Rassismus zeigen. Besonders wichtig ist der Antirassismusbeauftragten, **die Betroffenen von Rassismus einzubeziehen** und ihre Perspektive in den Mittelpunkt zu stellen. Dafür setzt sie viele Maßnahmen um, dazu gehören [Kapitel 6, S.88ff.]:

- **Niedrigschwellige Community-basierte Beratung** in Migrantenorganisationen und weiteren Einrichtungen fördern. Mit Professionalisierung, Qualifizierung und hauptamtlichen **Antirassismus-Beratern** für schnelle Hilfe bei Rassismus.
- **Vorhandene Beratungsstrukturen besser vernetzen** und **flächendeckend ausbauen**, auch in **ländlichen Räumen**, in **Kleinstädten** und **Online**.
- **Gründung eines Expertenrats Antirassismus** mit Mitgliedern aus Wissenschaft und Praxis. Auftrag u.a.: Arbeitsdefinition von Rassismus für Verwaltungshandeln erarbeiten, für Entwicklung von Gegenmaßnahmen.
- **Opferinitiativen stärken**, mit mehr Ressourcen für eigene Projekte und Räume zum Austausch und Empowerment, ob in Hanau, Halle oder München.
- **Kommunale Entscheidungsträger stärken**, die sich vor Ort gegen Rassismus engagieren. Dafür: Modellprojekt ab Frühjahr 2023, bundesweit 10 Standorte.
- **Hasrede im Internet** („Hate Speech“) **bekämpfen**, Gegenrede stärken und Akteure in Sozialen Medien im Umgang mit Hasrede empoweren.
- **Im Amateur- und Breitensport** bundesweit **mehr Prävention**, Intervention und Antirassismus-Arbeit fördern.

Im Bundeshaushalt 2023 sind **10 Millionen Euro** für die Maßnahmen eingestellt. In 2022 waren es 8 Millionen Euro. **Projekträger** sind u.a. der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG), die Türkische Gemeinde Deutschlands, der Dachverband der Migrant\*innenorganisationen in Ostdeutschland (DaMOst), der Deutsche Fußball-Bund (DFB) oder der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB).